

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Postgebühren monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen Vierteljährl. 2,25, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50. — Erscheint tägl. mit Ausnahmen bei Sonn- und Feiertagen.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 96.

Dresden, Dienstag den 28. April 1914.

25. Jahrg.

Wir fordern am 1. Mai: Schutz der menschlichen Arbeitskraft gegen die kapitalistische Ausbeutung!

Die französischen Wahlen brachten der Sozialdemokratie einen klaren Erfolg.

In der Nähe von Nizza wurde ein Dampfer durch eine Explosion zerstört. 15 Mann der Besatzung wurden vermisst.

Präsident Wilson appellierte an John Rockefeller, er möge eine Verschönerung in den Eisenkämpfen in Colorado herbeiführen.

Queria hat das Vermittlungsangebot der südamerikanischen Republiken angenommen.

Au der mexikanischen Nordgrenze kam es zu einem Gefech zwischen amerikanischen und mexikanischen Truppen.

Au der Küste von China ist ein Dampfer von Seeräubern angefallen worden.

Das brüchige Syndikat.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben:

Die Versammlung der Gewerbetreibenden hat am Freitag die Beratung des neuen Kohlen-Syndikatsvertrages sogleich gefördert, daß man sich über alle Hauptpunkte einigte und die Satzungsentwürfe einstimmig annahm; am 1. Oktober soll die definitive Unterzeichnung des Vertrages stattfinden. In dieser oder einer ähnlichen Form hat die kapitalistische Presse über den Verlauf der Vertragsberatung berichtet und dadurch bei dem Fernstehenden den Eindruck erweckt, als ob das Syndikatsgeschäft sich auf einer glücklichen Fährte in den sicheren Hafen befände. In Wirklichkeit labiert es unter dem Druck harter Pöbel vor einem klüppeligen Strand und kann trotz aller Hilfe nicht den gefährlichsten Stellen mit Benutzung fremder Hilfe entlang, noch einmal das leere Schiff vor dem Zerbrechen zu retten.

Allein die Tatsache, daß die endgültige Vollziehung des neuen Vertrages (der alle längst am 31. Dezember 1913 ab) die für den Mai vorgesehen war, bis zum Oktober verschoben werden mußte, kennzeichnet die Situation des Syndikats als eine sehr kritische. Wie zuvor hat die Vertragsunterzeichnung solche Schwierigkeiten gemacht wie jetzt. Ferner haben in der Freitagssitzung die Vertreter von drei oder vier Gesellschaften gefordert, deren Herablassen mindestens bewirkt, daß sie auf eine unbedingte Syndikatsunterzeichnung nicht drängen. Außerdem hat der Vertreter der mit den Rheinischen Stahlwerken (Hauptaktionär Herr Wendell von Donnermarkt) verbundenen Reihe eine Erklärung bezüglich des Zustandekommens der Verbände in der Eisenverarbeitungsindustrie abgegeben, auf deren Bedeutung wie noch zu sprechen kommen. Und schließlich verlautet noch nichts über einen völligen Erfolg der Verhandlungen mit den Aufsichtsräten über deren Beitritt zum Syndikat. Auf diesen Punkt sei zunächst eingegangen.

Es gab im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Ende 1913 schon wieder 18 Wochen außer den fiskalischen, die außerhalb des Kohlen-Syndikats stehen. Mit 9 hat das Syndikat einen Vertrag über den Kohlenverkauf geschlossen, anders wäre das Syndikat schon in seiner Marktbeherrschung ganz erheblich gedrückt worden. Die Nichtsyndikatskohlen hatten 1909 eine Kohlenförderung von 4,16 Millionen Tonnen (1,90 Prozent der ganzen Revierförderung), 1913 bereits 12,72 Mill. Tonnen (11,10 Prozent), wovon auf die fiskalischen Gruben, die 1909 noch nicht 2 Millionen lieferten, letztjährlich über 4,725 Millionen Tonnen entfielen. Diese starke Entwicklung der Nichtsyndikatskohlen, namentlich der fiskalischen, macht es leicht begreiflich, warum die Syndikatsvertreter alle Mühen sprangen lassen, um vor allen Dingen den Fiskus für das Syndikat zu gewinnen. Voransichtlich wird die Produktion der jetzt außerhalb des Syndikats stehenden Gruben, zu denen sich weitere neue Anlagen gesellen, in relativ kurzer Zeit über 20 Prozent der ganzen Revierförderung hinausgehen. Gelingt es nicht, diese Produktion syndikatsmäßig unter Kontrolle zu stellen, dann hat das Syndikat verloren.

Es muß beachtet werden, daß die Syndikatskohlen nicht nur jetzt, sondern ein Teil sogar schon während der letzten Hochkonjunktur ihre fiskalisch gesteigerte Leistungsfähigkeit nicht ausnutzen konnten, weil sonst die Lieferförderung noch erheblicher geworden wäre. Die Syndikatsvertreter haben für Mai die unelastische Förderquote in Kohlen auf 82,5 Prozent (März, April 80 Prozent), in Preissen auf 82,5 Prozent (80 Prozent), in Koks auf 45 Prozent (50 Prozent) der Produktion festgesetzt. Die Produktionseinchränkung von 55 Prozent in Koks zeigt ohne Kommentar an, welche ungeheure Ueberbelegung in diesem Brennstoff ein-

geriffen ist, beweist eben darum schlagend, daß das Syndikat seine volkswirtschaftliche Aufgabe, wenigstens einigermaßen die Erzeugung mit der Nachfrage zu bilingieren, nicht erfüllen konnte. Damit ist aber auch das wichtigste Argument der unbedingten Syndikatsfreunde durch die Wirklichkeit ad absurdum geführt.

Man glaube auch nicht, daß die zugalähene Förderung ohne erhebliche Störung in den Verbrauchs übergeführt wurde. Das Syndikat selber teilt mit, der Absatz sei so abgedrückt, daß eine wesentliche Zunahme der Lagerbestände, insbesondere der Koksbestände, eingetreten sei. Das Syndikat mußte also trotz der vorgezeichneten Fördererhöhung in Kohlen und der vorgezeichneten Erhöhung der Koksleistung in Kohlen nach große Mengen auf Lager nehmen und deshalb kann die Erhöhung der Koksleistung um 25 Prozent nicht als ein Zeichen verbesserter Konjunktur gewertet werden, sondern ist als ein spekulatives Manöver zu betrachten. Der rechnungsmäßige Syndikatsabgabebetrag im ersten Quartal 1914 rund 18 Millionen Tonnen, das sind über drei Millionen Tonnen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Und die Lagerbestände wachsen trotzdem. Nun sind aber noch über ein Dutzend Schächte fast förderfähig oder im raschen Absteigen begriffen. Die Spannung zwischen der Leistungsfähigkeit der Schächte und der Absatzmöglichkeit wird demnach noch größer werden, woran auch einige Jahre besserer Konjunktur nichts ändern. Wir treiben also in der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie derselben schweren Kalamität zu, in der sich die Kaliindustrie und die Zementindustrie schon befinden! Das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat hat auch nicht vermocht, den Expansionsdrang in der von ihm kontrollierten Industrie wenigstens soweit zu zügeln, daß das Mißverhältnis zwischen Förder- und Absatzfähigkeit halbwegs erträglich gehalten wurde. Da es bei durch keine auf die Erzielung einer normalen Profitrate gerichteten Preis- und Absatzpolitik jenes Mißverhältnis erhöht und damit die Konzentrationsbestrebungen, die sich nunmehr gegen das Syndikat selber wenden, bedeutend verstärkt.

Während sich ein Syndikatsausbruch demüht, die Interessengegenstände zwischen den „reinen“ Kohlenrevieren und den Mittelschichten durch gegenseitige Konzessionen zu überbrücken, vollzieht sich die Bildung zweier weiterer „gemischter“ Werksgesellschaften. Die große Kohlenzeche „Konfordia“ verband sich mit den Rombacher Gruben und die schon im Besitz der Zeche „Königin Elisabeth“ befindliche Mannesmann-Gesellschaft fusionierte sich mit dem bedeutenden Blechwalzwerk Schulz-Sinandt. Diese Fusionen haben die Wirkung, daß nunmehr ein noch größerer Teil der bisher vom Syndikat kontrollierten Kohlen- und Koksproduktion als „Selbstverbrauch der Dätten“ freigegeben werden muß, wodurch den „reinen“ Kohlenrevieren, die naturgemäß das Rückgrat des Syndikats bilden müssen, wieder größere Abzweigungen entzogen werden. Würde man diese in dem noch geltenden Syndikatsvertrag fixierte Konzessionen immer unwidriger gewordenen Sittensünden in dem neuen Vertrag nicht mindestens in wesentlichen Umständen wieder zugelassen, dann dürfte sich das Interesse nicht weniger Dättenbesitzer an dem Zustandekommen des neuen Syndikatsvertrages so vermindern, daß sie außerstande wären, die Tringlichkeit die Mannesmannsche nicht vertreten war, das läßt nicht gerade auf ein eifriges Eingreifen dieser großen Gesellschaft für die Neubildung des Syndikats schließen. Sie hat für ihre umfangreichen Eisen- und Stahlwerksanlagen, die nun noch durch Errichtung von Hoheisen- und Halbzeugsfabriken für erweitert werden sollen, ein wahrscheinlich ausreichendes Absatzgebiet für ihre eigene Kohlenförderung. In weiteren Lage befinden sich noch mehr Werkskonzerne, denen weitere Sinterbildungen folgen werden. Das Bestreben, sich durch den Zusammenstoß von Zechen, Hoheisen- und Dätten- und Verfeinerungswerken den Syndikatsreizen (das heißt erheblich billigeren) Bezug von Hoheisen und Halbzeugs zu sichern, ist eben durch die Preispolitik der Syndikats in der Bergwerks- und Dättenindustrie so sehr verstärkt worden, daß die privatwirtschaftlichen Interessen der Einzelunternehmer, selbstverständlich der kapitalstärksten am meisten, ihre Befriedigung außerhalb der Syndikatsgrenzen suchen. Die gewaltigen Werkskonzerne wachen über die Syndikatsgrenzen hinaus und streben dem Trutz zu! Auch eifrige Freunde der Syndikats haben bekannt, daß diese selbst wirtschaftliche Tendenzen fördern, deren Resultat die unablässliche oder bewußte (das ist praktisch gleich) Untergrabung der Syndikatsmauern ist. Die neuen Konzernbildungen, schrieb dieser Tage ein Syndikatsblatt resigniert,

roßen aus dem sich dem Gafen zubewegenden Syndikatschiff wieder einige Klauen heraus. Der Syndikatsvorsitzende Emil Mirdorf meinte auf der 9. V. seiner Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft (die sich seit 1903 gleichfalls zu einem großen „gemischten“ Unternehmen ausgemacht hat), das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat würde jedenfalls zustande kommen, ob aber „auf einer gesunden Grundlage“, das sei fraglich!

Auf einen sehr „wunden Punkt“ tippte in der Freitagssitzung der Syndikats der Vertreter der Rheinischen Stahlwerke, als er erklärte, das Zustandekommen des Syndikatsvertrages müsse in Verbindung gebracht werden mit der Bildung von Verbänden für die Fertigfabrikate der Eisen- und Stahlindustrie! Darauf erwiderte Mirdorf kurzweg, diesen Zusammenhang dürfe man nicht konstruieren. Zwar wurde darüber nicht weiter diskutiert, aber doch dieser Zusammenhang überhaupt berührt worden ist, beweist, daß die Situation sich immer mehr auf die Frage zuwendet, ob die hauptsächlich auf die Fertigfabrikation angewiesenen Werke, unter ihnen auch Mannesmann, durch eine neue Syndizierung der Koks- und Hoheisenwerke unter diesen, womit nicht zuletzt auf Gelsenkirchen geschildert, die Möglichkeit erleichtern, durch Ausdehnung ihrer Fertigfabrikation den vornehmlich weiterverarbeitenden Werken eine ruinöse Konkurrenz zu machen. Vermöge ihres billigen Selbstverbrauchsbezugs an Koks, Hoheisen und Halbzeugs können die gemischten Werke wie Gelsenkirchen, auch die Fertigfabrikate zu niedrigeren Selbstkosten herstellen, und sie nutzen nun diese Gelegenheit durch eine unangesehene Ausdehnung ihrer Fertigfabrikation (Röhren, Kesselbleche, Bleche usw.) weidlich aus. Sie liefern diese nichtsyndizierten Fabrikate zu so niedrigen Preisen, daß sie die Konkurrenz der eigentlichen Verfeinerungswerke leicht schlagen. Darum fordern die letzteren auch die Kartellierung der Fertigfabrikate, wofür aber Gelsenkirchen usw. sich nicht begeistern. Eben darum betonte ein Vertreter der an der Fertigfabrikation sehr interessierten Werke in der Freitagssitzung die Notwendigkeit, mit der Erneuerung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikatsvertrages die Förderung der Bildung von Kartellen für die fertigen Eisen- und Stahlfabrikate zu verbinden. Das ist allerdings ein sehr „wunder Punkt“, und wenn die Vertreter der Fertigindustrie ihren Standpunkt beharrlich verfolgen, dann tut sich für das Kohlen-Syndikatschiff eine Allee in dem ohnehin sehr bewegten Fahrwasser auf, an dem es wieder nur mit Konzessionen vorbeifahren kann. Jede Konzession aber löst die Bruchigkeit der Syndikatsverfassung deutlicher in Erscheinung treten.

Deutschland und die französischen Wahlen.

Neben die endgültige Gestaltung der französischen Kammer und über die Lösungsaussichten der verschiedenen Probleme der inneren französischen Politik wird erst der zweite Wahlgang am 10. Mai die Entscheidung bringen. Die Frage aber, die uns deutsche Sozialdemokraten ganz besonders interessiert, die Frage des künftigen Verhältnisses der Republik zum Deutschen Reich, hat schon durch die Wahlbewegung selbst und durch den ersten Wahlgang ihre Beantwortung gefunden. Dieser erste Wahlgang bedeutet einen klaren Erfolg unserer französischen Genossen, wie folgende Meldung beweist:

Paris, 27. April. Das definitive Resultat der gestrigen Kammerwahlen stellt sich nach den letzten Meldungen wie folgt: Gemäßt sind 31 Konserverische (gewonnen 4 Sitze), 28 rechtsliche Liberale (gewonnen 4, verloren 3 Sitze), 14 Progressiven (gewonnen 7, verloren 4 Sitze), 61 republik. Links (gewonnen 10, verloren 7 Sitze), 26 Republikaner (gewonnen 1, verloren 2 Sitze), 8 radikal. Sozialisten (gewonnen 3, verloren 2 Sitze), 58 unaff. rad. Sozialisten (gewonnen 12, verloren 13 Sitze), 16 los. Republikaner (gewonnen 9, verloren 2 Sitze), 41 geringste Sozialisten (gewonnen 5, verloren 1 Sitze).

Unsere Genossen haben mit den im ersten Wahlgang erworbenen 41 Sitzen fünfzehn Sitze mehr erlangen als im ersten Wahlgang von 1910. Was uns aber mit noch höherer Freude erfüllt: Der sozialistische Stimmenzuwachs beträgt gegen 1910 eine halbe Million! Dieser Zuwachs, so erkranklich er im Interesse der internationalen Sozialdemokratie an sich schon ist, gewinnt an Bedeutung durch den Umstand, daß unsere französischen Kameraden diesmal die Fragen der auswärtigen Politik in den Vordergrund zu stellen genötigt waren. Sie haben sich überall mit grundlegender Entschiedenheit für die Verhandlung erklärt, sobald sie dessen gewärtig sein mußten, dafür von den Chamberlainen als Agenten des